Die heutige Ausgabe umfaßt 4 Seiten. Einzelpreis 40 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Vierteljährlich M. 10.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 Geschäftszeit 8—4 Uhr, Samstag 8—12 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50, Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf. — Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. Drahtanschrift: Beobachter, München. Sprechstunde des Hauptschriftleiters 10—12 Uhr, der verantwortl. Schriftleitung 2—4 Uhr nachmittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ausgabe 28 — München, den 10. April 1921 — 35. Jahrgang

Deutsche Politik und Föderalismus – Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage – Ein Brief an Hindenburg

Dr. Dorten und Genossen.

„. . . Meine Auffassung ist, daß nur ein föderalistisches Deutschland die notwendige Ruhe vor Frankreich findet. Frankreich verlangt Sicherung gegen den Militarismus und gegen Revanche und sieht die Hauptgefahr in dem Bestehen Preußens. Wir haben entweder jahrelangen Druck und Verelendung zu erwarten, oder wir verständigen uns mit den Franzosen, die sagen: Wenn ihr euch föderalistisch einrichtet, habt ihr das Haupthindernis für die Verständigung weggeräumt. Ich habe immer den Gedanken vertreten eines föderalistischen Rheinlandes, innerhalb des Deutschen Reiches bleibend, und weit über die bisherigen Grenzen nach Osten greifend, Rheinland, Westfalen und Nassau bis an die Werra und Weser und weitere Teile müssen den westlichen deutschen Bundesstaat bilden . . ."

(Dr. Heim am 27. Juli 1920 nach der „Augsburger Postzeitung" vom 29. Juli 1920.)

Aus dem „Ministerium" des Dr. Dorten soll am 20. September 1920 der nachstehende Bericht nach Paris gegangen sein. Ist er echt? Der gerissenste Journalist — und wenn er das Gras wachsen hört — wird diese Denkschrift nicht aus den Fingern saugen können. Dr. Dorten soll staatsmännische Qualitäten, wenn auch etwas pervestierte, haben. Wir zweifeln nicht daran, auch der „Bayer. Kurier", der ihm schon 1919 einen langen Artikel mit respektvollem Unterton widmete, hat nie daran gezweifelt, und wir bezweifeln die Tigerklaue des Dr. Dorten auch heute nicht, obgleich er von dem in argen Geldnöten befindlichen Ministerium Briand derzeit keinen roten Heller bekommen soll. Die Löwenklaue des „Staatsmanns" ist in dem Berichte zweifellos zu spüren. An die Echtheit glauben wir auch um deswillen, weil zahlreiche politische Routiniers: Zentrumsleute, Christlichsoziale, nordbayerische Deutschnationale, die sich andere Berichte aus der gleichen Quelle eine sehr schwere Mühe kosten ließen, um sie dann einem der Bayerischen Volkspartei angehörenden Regierungsmitglied in die Hand zu drücken, daran glauben. — Das „Ministerium" des Dr. Dorten berichtet:

„Es ist heute schon allgemeine Ansicht aller staatserhaltenden Faktoren in Deutschland, daß der Neuaufbau des Reiches auf föderativer Grundlage die einzige Rettung bedeutet. Er wird also in kürzester Frist kommen, sei es auf dem sogenannten legalen Wege der Abänderung der Weimarer Verfassung oder plötzlich herbeigeführt durch den Eintritt gewisser Ereignisse (Staatsbankerott, Rechts- oder Linksputsch).

Im letzteren Falle haben die stärksten Exponenten des Föderalismus (Bayern Bothmerscher Richtung, rheinische Aktivisten, Welfen) naturgemäß freiere Hand in der innen- und außenpolitischen Gestaltung. Das hat man in Berlin klar erkannt, und deshalb ist man einerseits gewillt, eine verwässerte Form des Föderalismus zuzulassen, andererseits trifft man jetzt schon Vorkehrungen, auch in dem zukünftigen Staate die Vormachtstellung Berlins und Preußens zu behaupten. So sollen z. B. sofort im Regierungsbezirk Wiesbaden allein zweihunderttausend „Ostmärker" zwangsweise angesiedelt werden, um bei der Abstimmung usw. als Korsettstangen zu dienen. Ferner werden die Kommunen gezwungen, von Berlin ernannte und hierher gesandte Ostelbier als niedere und mittlere Beamten (Förster und insbesondere Lehrer) anzustellen, trotzdem gesetzlich das Recht der Ernennung den Kommunen selbst zusteht. Diesen Dingen gegenüber tritt die Interalliierte Kommission nicht entschieden genug, bzw. überhaupt nicht eingreifend auf.

In außenpolitischer Hinsicht mag man die Situation folgendermaßen charakterisieren: Die Neugestaltung in föderalistischem Sinne kommt: es ist also jetzt Sache der interessierten Nachbarmächte, die Orientierung so oder so zu veranlassen. Mit dem bisher so beliebten Verfahren wird Frankreich nicht nur nichts erreichen, sondern die westliche Orientierung unmöglich machen. Es ist bis zum Überdruß wiederholt worden, daß man die Dinge in Deutschland, auch in den Rheinlanden, Bayern, nicht aus dem Gesichtswinkel der französischen Mentalität beurteilen und die Propaganda nicht durch Franzosen und mit typisch französischen Mitteln betreiben darf. Es ist dringend notwendig, daß den Ratschlägen eingeborener Freunde Frankreichs mehr als bisher gefolgt wird.

Bei der außenpolitischen Orientierung wird das Verhalten Bayerns eine Hauptrolle spielen, wie es auch für die mehr oder minder großzügige Durchführung des konsequenten Föderalismus (Bundesstaat oder Staatenbund) ausschlaggebend sein wird. Die wichtigste Persönlichkeit in dieser Hinsicht ist nach wie vor Dr. Heim. Sein Charakter ist bekannt: Preußenhasser, aber Opportunist und vor allem Parteitaktiker, wird er stets so lange lavieren, bis er eine feste Hand fühlt, der er nicht entrinnen kann. Er ist im Prinzip durchaus bereit, sich mit Frankreich zu verständigen, will aber nach außen hin peinlich alles vermeiden, was über seine Tätigkeit in dieser Hinsicht an die Öffentlichkeit dringen könnte. Außerdem lebt er in dem Glauben, daß es ihm ein leichtes sei, jeden Gegner zu düpieren. Bei seiner Bedeutung, die er nach wie vor trotz aller Vorgänge der letzten Wochen besitzt, muß unter allen Umständen mit ihm Fühlung genommen werden, jedoch in der richtigen Art und Weise, unter Berücksichtigung der vorstehenden Charakteristik. Ich muß hier, wie immer, ganz offen reden: „Es ist mir bekanntgeworden, daß Herr Dard die Verbindung mit Heim durch Mittelspersonen aufnehmen soll. Ich rate hiervon zum letzten Male auf das allerdringendste ab. Aus zwei Gründen: Zunächst ist die Geschlossenheit des Vorgehens dadurch bedroht; es geht nicht an, die bayerischen Angelegenheiten von den rheinischen und hannoverschen zu trennen, die aus innenpolitischen Gründen unbedingt einheitlich behandelt werden müssen; die Richtlinien für die bayerischen Pourparlers können nicht ohne Fühlung mit uns aufgestellt werden, weil voraussichtlich Bayern den Anstoß zu allem zu geben hat. Zweitens erkläre ich jetzt schon, daß die Versuche des Herrn Dard nicht gelingen können, weil Heim mit ihm nicht verhandeln kann und will. Er wird selbstverständlich Mittelspersonen empfangen und sich anscheinend auf Versprechungen einlassen. Tatsächlich wird er aber zu bluffen versuchen und sich unter keinen Umständen binden. Und dann sind wir so weit wie vorher: nur auf die absolute Bindung Heims kommt es an. Diese aber erreicht man nur dadurch, daß man die Verhandlungen durch Personen führen wird, denen er nicht ausweichen kann.

Ich habe nun so oft und so eindringlich auf diese Umstände aufmerksam gemacht und mein Beharren erweckt vielleicht schon den Anschein, als ob ich aus persönlicher Eitelkeit meine Vermittlung anbiete, daß dieses Memorandum mein letzter Schritt sein muß. Bei anderweitiger Regelung bin ich nicht in der Lage, in der Angelegenheit Heim weiter mitzuwirken, da ich die Verantwortung nicht tragen kann.

Zur Orientierung, wie weit Heim zu gehen bereit ist, füge ich ein Memorandum über die kürzliche Unterredung zwischen ihm und dem von mir instruierten Prinzen Isenburg bei, und weise auf folgenden Passus eines Briefes aus den allerletzten Tagen hin, in dem er sagt:

„Wenn der Föderalismus gefördert werden soll, dann muß man aber auch die Politik darauf einstellen. Das war bis bisher nicht der Fall, sondern immer nur das Gegenteil. Warum sucht man da keine Fühlung, ehe man vor vollendete Tatsachen stellt? . . . Sie sprechen von Sicherungen für die Auswirkung unseres föderalistischen Ausbaues. Diese Sicherung hat mir bisher niemand gegeben, nicht einmal angedeutet: ohne hier bestimmte Unterlagen zu besitzen, ist ein zielbewußtes Vorgehen überhaupt nicht möglich. Verschaffen Sie mir diese Sicherungen und ich verschaffe Ihnen das, was Sie von mir erwarten."

Zum Schlusse noch ein kurzer Hinweis auf die augenblickliche Lage in Bayern. Mindestens vier bis fünf aller maßgebenden Persönlichkeiten in Bayern sind überzeugte Föderalisten, allerdings mit Nuancen. So sind z. B. die Anhänger der Mittelpartei sogenannte Altföderalisten, d. h. sie erstreben die Rückkehr zu der alten bundesstaatlichen Verfassung, verlangen nicht die Aufteilung Preußens und begnügen sich mit den bisherigen Vorrechten Bayerns. Die Anhänger Bothmers verlangen den Föderalismus, daß heißt Aufteilung Preußens, Eliminierung seiner Hegemonie, möglichst weitgehende Selbständigkeit der einzelnen souveränen Staaten in einem Staatenbund. Die Bayerische Volkspartei steht ungefähr in der Mitte, neigt aber zu Schwankungen, je nach Lage der Dinge. Sie verlangt zwar, daß Preußen gewissen Teilen, z. B. Hannover und den Rheinlanden Autonomie gibt, wird sich aber mit den alten Bundesstaaten abfinden, wenn die Entwicklung von außen her nicht andere Möglichkeiten bietet. Hier spielt das Verhalten Heims die ausschlaggebende Rolle. Er allein ist imstande, die Entscheidung in dem einen oder dem anderen Sinne herbeizuführen. Das wird er aber nur tun — dann aber auch im vollsten Maße — wenn er die von ihm gewünschten Sicherungen erhält. Diese bestehen im wesentlichen in der Möglichkeit der Erhaltung bzw. Schaffung einer von ihm beherrschten Einwohnerwehr. Von der „Orgesch" ist er bereits abgerückt. Das beste wird sein, ihm selbst angeben zu lassen, wie er sich die Heimsche Einwohnerwehr denkt, welche Garantie er geben will usw. Ferner wünscht er in wirtschaftlicher Hinsicht gewisse Zugeständnisse, Austausch von Saarkohlen gegen bayerisches Holz usw.

Ich habe es selbst veranlaßt, daß Bothmer sich an die Spitze der Bayerischen Königspartei stellt. Ein Zusammenarbeiten mit Heim war auf die Dauer wegen ständiger Eifersüchteleien nicht möglich. Zudem bildet die Königspartei, deren Bedeutung von Tag zu Tag automatisch mit der Unzufriedenheit wächst, einen in unserem Interesse zu verwendenden Stoßtrupp, der insbesondere (Scheingefecht!) Heim angreifen wird. Natürlich ist dadurch ein unmittelbares Zusammenarbeiten zwischen Bothmer und Heim ausgeschlossen. Da aber beide mit mir in ständiger Fühlung stehen, so kann die gemeinsame Direktive gewahrt bleiben."

Was ist das Fazit? Der bayerische Ministerpräsident von Kahr hat am 15. März im Landtag geurteilt, daß von gewissen Kreisen der Bayerischen Königspartei aus Fäden nach Österreich und nach dem Westen eine Rolle gespielt zu haben schienen. Gegenüber dieser Königsparteipolitik haben wir hier sofort geäußert, daß sie uns vor das Forum des Psychiaters, nicht des Staatsanwaltes zu gehören scheine. Frankreich gegenüber gab es von Anfang an, das mußte mindestens seit Spa jeder mit Händen greifen, nur zwei Arten von Politik: entweder die des Prellens, der Camouflage, wie der General Degoutte sagte — die mußte als wirkungslos erkannt werden, weil sich der Franzose nicht düpieren läßt, oder die Politik der absoluten Wahrheit und Offenheit. Die Politik der Versöhnlichkeit, der goldenen Mitte, die vor dem Krieg von Bismarck und unter Wilhelm II. unter weitgehenden Zugeständnissen (man denke nur an Marokko!) betrieben worden ist, will die französische Regierungsclique ganz einfach nicht. Die Politik der deutschen Offenheit und Ehrlichkeit ist heute die einzig mögliche, und sie erheischt, daß weder dem eigenen Volk noch den fremden blauer Dunst vorgemacht werde. Sie erheischt die rücksichtslose Feststellung, daß mit dem die französische und englische Regierungsgewalt mißbrauchenden Verbrechergesindel (den unwiderleglichen Nachweis führten wir in unserem Artikel Poincaré und Genossen!) jede weitere Unterhandlung im Grunde so zwecklos ist wie etwa eine Konferenz mit dem mitteldeutschen Banditen Hölz. Diese Wahrheit mag außerordentlich grausam klingen, vor allem in den Ohren des französischen und englischen Stimmviehs. Aber sie ist und bleibt die einzig brauchbare Medizin für Europa, erst recht für Deutschland. Herr Hölz wird dadurch nicht besänftigt, daß man ihn mit Glacéhandschuhen anfaßt. Lloyd George oder gar der wegen persönlicher Unanständigkeit aus dem Anwaltstand ausgestoßen gewesene Herr Briand bleiben, was sie sind — Verbrecher. —

Der abgedruckte Bericht des Dr. Dorten ist im Grunde ein Schrei nach Geld! Nicht darum brachten wir ihn, sondern weil er eine gute Röntgenphotographie des Föderalismus überhaupt gibt. Föderalismus aber ist — außenpolitisch — nichts als zwecklose Politik der Anbiederung geworden, das verächtliche Schielen nach dem Ausland, das nun einmal — in seinen führenden Verbrechercliquen — nichts anderes will als unsere Vernichtung. Herr v. Kahr zwar — wir bitten, ernstlich zu glauben, daß nicht seine Person, sondern falsche Prinzipien bekämpft werden sollen — Herr v. Kahr hat am 18. September 1920 in Bamberg seine Überzeugung dahin ausgesprochen, „daß das Reich nur föderalistisch sein kann, oder daß es überhaupt nicht ist." Auch er hat nach dem Ausland geschielt, als er die Notwendigkeit einer föderalistischen Inneneinrichtung des deutschen Hauses ableitete „aus den Notwendigkeiten, die sich aus all dem Schweren für unsere Zukunft ergeben, die der Friede von Versailles über uns gebracht hat". Die Inneneinrichtung ihres Hauses hat ganz ausschließlich Sache der deutschen Nation zu bleiben. Darüber wird später noch zu reden sein. Die Weimarer Verfassung lehnen wir ab. Aber heute hängt die Frage, ob „das Reich sein kann oder überhaupt nicht sein kann" einzig und allein ab von der Möglichkeit, für die nächsten Jahre alle Kräfte des Reiches in ungewöhnlich entschiedenem Maße straff zusammenzufassen und zusammenzuhalten. Tut man das nicht, so wird das deutsche Reich zur „föderativen" Sowjetrepublik werden, wobei Bayern die Rolle der ehemals so reichen Ukraine zufallen dürfte. — Die bayerische Regierung sollte nicht bayerische Politik betreiben unter dem Vorgeben, daß gute bayerische Politik auch gute deutsche Politik sei, sondern rein deutsche Politik, nachdem die Berliner Drahtzieher hiezu vollkommen unfähig sind. Föderalismus ist nicht beste deutsche Politik!

A. B.

Aus der Zeit

Die Entwaffnung Deutschlands

In der Kaserne von Heilbronn (Württemberg) wurden in den letzten Tagen in Anwesenheit der Ententekommission deutsche Gewehre verbrannt. Hierbei erfolgte eine Protestkundgebung der Soldaten.

Dem sozialdemokratischen Blatt „Neckarecho" war es unverständlich, daß beim Verbrennen von einigen Tausend Gewehren durch die Ententekommission im Hof der Kaserne den anwesenden Soldaten das Blut vor gerechtem Zorn wallte und sie ihrer Entrüstung durch Absingen patriotischer Lieder Ausdruck verliehen. Das war doch unmöglich, daß ein ganz einfacher Soldat heute noch nach der Revolution so viel Nationalgefühl in sich trug, daß er über diese tiefste Erniedrigung noch zornig wurde. „Unter Führung von Offizieren" war das nach dem „Neckarecho" geschehen. Es schrieb wörtlich: „Die Versammelten hielten es für opportun, „patriotische Lieder" zu singen. Neben „Deutschland, Deutschland über alles" und der „Wacht am Rhein" wurde auch „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" gebrüllt. In Anwesenheit von Vertretern Frankreichs! Sind sich die Anstifter solcher Gesänge nicht bewußt, wie außerordentlich gefährlich und für Deutschland nachteilig solche lächerlichen und taktlosen Demonstrationen sind. Wir müssen es uns mit aller Entschiedenheit verbitten, daß die staatliche Ordnungspolizei, die ein Organ der württ. Regierung ist, und die als solche mit der Waffenvernichtung gar nichts zu tun hat, von kurzsichtigen und tollpatschigen Wirrköpfenn zu derartigen schädlichen und unter Umständen verhängnisvollen Kundgebungen mißbraucht wird."

Das Kommando der Polizeioffiziere veröffentlicht nun eine Entgegnung, in welcher es mitteilt, daß gegen die in dem „Neckarecho" enthaltene Beleidigung Strafantrag gestellt wird. Weiter sagt es: „Der Gesang war zweifellos eine spontane Äußerung des Schmerzes deutsch empfindender Kasernenbewohner beim Anblick der Vernichtung der Waffen, die unser Heer 4 Jahre in Ehren geführt hat. Es befand sich kein Polizeioffizier bei den Singenden. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß jeder Ententeoffizier solcher Kundgebung deutscher Wut mehr Verständnis und Achtung entgegengebracht hätte als das „Neckarecho". — Ebenso veröffentlichen auch die Unteroffiziere und Mannschaften eine Erklärung, in welcher es heißt: „Der Menge bemächtigte sich eine derartige Erregung, die sie im Absingen von patriotischen Liedern zum Ausdruck brachte, was nicht zu verwundern ist, wenn man in Betracht zieht, daß viele der Zuschauer lange Jahre in Gefangenschaft geschmachtet haben und denen beim Anblick des Zerstörungswerkes ihre in der Gefangenschaft überstandenen Leiden wieder in Erinnerung gebracht wurden. Von Offizieren wurden sie nicht zum Absingen von patriotischen und „blutrünstigen" Liedern „angehalten".

Die Saat Moskaus

Eine wichtige Rolle hat in diesem Aufstand der schon fast sagenhafte

Verbrecher Hölz

gespielt. Sein Name ist in aller Munde. Unter den Arbeitern zirkulieren Flugblätter mit einer Lebensbeschreibung von ihm. Er soll an den verschiedensten Orten gesprochen haben. Ausländische Journalisten — die sich selbstverständlich das Elend Deutschlands in nächster Nähe ansehen müssen — wollen ihn bestimmt wiedererkannt haben. Kurz, er ist der „Heilige" und eine Berühmtheit des Tages. Ob er sich wirklich in der Aufruhrgegend befindet, sei dahingestellt. Aber das System, nach dem die plündernden Horden vorgegangen sind, ist echt Hölz: sinnlose Zerstörung und Brandstiftung. Im Zentrum der Stadt Eisleben ist kaum ein Geschäft vorhanden, das nicht

ausgeraubt und zerstört

wurde. Mit Recht bemächtigte sich der Einwohner lebhafte Aufregung, als die Sprengungen des Karfreitags bekannt wurden und die „Arbeiter" in verschiedenen Stadtteilen Zettel auslegten, daß weitere Brandstiftungen folgen sollten. Allgemeine Nervosität herrschte in der Stadt, vor allem, da man sah, daß gegen derartige Überfälle die Sipo angesichts ihrer geringen Stärke keinen wirksamen Schutz bot. Mit offenem Jubel wurden die am Ostersonntag einrückenden Verstärkungen begrüßt. Zu deutlich haben auch die Schandtaten der Kommunisten jedem Bürger gezeigt, was seiner unter ihrer Herrschaft wartet. Fast keine Ladenscheibe und Fensterscheibe in dem Hauptstraßenzuge Eislebens ist heil geblieben. Nur eins der großen Geschäfte, das Kaufhaus Goldstein, übrigens das größte am Ort, wurde vollständig von den Kommunisten verschont, trotzdem es in unmittelbarer Nähe geplünderter Läden liegt. In Helbra bei Eisleben sprengte man das Gut des Majors Spiegelberg. Es brannte vollkommen aus. Die Verwüstungen sind in Helbra übrigens fast noch weitergehend als in Eisleben, wo man am Tage nach dem toten Überfall in den davon betroffenen Straßen nur durch Scherben und Glassplitter schritt. — Diesen uns aus dem Aufstandsgebiet zugegangenen Nachrichten brauchen wir wohl nichts hinzuzufügen.

Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage

Der folgende Aufsatz mit Fortsetzungen ist ein in gedrängte Form gezwungener Auszug aus dem Buche von P. Tafel „Das neue Deutschland, ein Rätestaat auf nationaler Grundlage". (Deutscher Volksverlag, München, Preis 9 M.)

(Nachdruck erwünscht.)

Im ersten Abschnitt des Buches wird ein ganz kurzer Überblick über die politische Geschichte Deutschlands gegeben. Das Hauptmerkmal der germanischen Verfassung war das vollkommene Gleichgewicht zwischen Fürst und Volk, die beide auf einander angewiesen und durch ein gegenseitiges Treuverhältnis fest aneinander gekettet waren. Der Fürst konnte nichts ohne das Volk, dieses nichts ohne den Fürsten tun. Beide berieten gemeinsam, in öffentlicher Versammlung, über die zu ergreifenden Maßnahmen. Das war das Wesen der **deutschen Demokratie**. Später, als das Volk zahlreicher wurde, bestanden die Ratsversammlungen nicht mehr aus der gesamten Landgemeinde, sondern aus erwählten Vertretern. Jeder Freie wählte einen besonders tüchtigen Angehörigen seines Berufsstandes. Ausländern, insbesondere den Juden, war das Wahlrecht versagt.

Durch die Wirren des Dreißigjährigen Krieges geriet die alte Ständeverfassung in Verfall; an ihre Stelle trat die fürstliche Alleinherrschaft nach französischem Muster. In Wahrheit regierte nicht so sehr der Fürst, als das Beamtentum, die Bureaukratie, die sich wie ein Keil zwischen Fürst und Volk geschoben hatte.

Gegen die Willkür der Beamten, gegen den „Polizeistaat", der jedem einzelnen vorschreiben wollte, was er tun sollte, wandte sich gegen Ende der Napoleonischen Kriege der Liberalismus, der sich von England aus rasch über Europa verbreitete. Sein Wesen bestand darin, daß der Staat möglichst wenig zu sagen hatte; der einzelne sollte tun und lassen dürfen, was ihm beliebte. Das Recht gehörte dem Stärkeren; der Schwache hatte keine Daseinsberechtigung. Die verfassungsrechtliche Form des Liberalismus ist die verantwortungslose Herrschaft einer Vielheit: Der Parlamentarismus.

Gegen den Liberalismus wandte sich, etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Sozialismus. Er war entstanden in der Gedankenwelt der französischen Philosophen der Revolutionszeit und fußte auf dem an sich richtigen, sozialen Grundsatz, daß es allen Bürgern des Staates gleich wohlergehen und daß der Schwache gegen die Willkür des Starken geschützt werden müsse.

Zu diesem Zweck sollte ein Staat gebildet werden, der alles bis ins kleinste regelt, jedem das Seine zuteilt, also im wesentlichen ein Staat, wie ihn der König Friedrich II. von Preußen tatsächlich geschaffen hatte. Der sozialistische Staat ist ein Beamtenstaat wie derjenige der sogenannten fürstlichen Alleinherrschaft.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt ihren Ausgang von der mittelalterlichen Zunft. Jede alte Reichsstadt war ein vollkommener berufsständischer Rätestaat. Die Handwerkerzünfte und Kaufmannsgilden bildeten selbständige Verwaltungskörper, kleine Staaten im Staate, mit eigenen Sitten und Gebräuchen, eigenen Gerichten und Gerechtsamen, und eigenen Beamten. An der Spitze stand der Rat der Meister, in dem der erwählte Zunftälteste den Vorsitz führte. Über dem Ganzen schwebte der Stadtrat, der sich aus den Vertretern aller Berufe und Gewerbe, in der Regel den Gildemeistern, zusammensetzte. Der Leitgedanke, der das Walten der Zünfte beseelte, war Gemeinsinn, Ordnung und Gehorsam. Der Zweck des Staates war, den Reichtum gleichmäßig zu verteilen, die Volkswirtschaft so zu regeln, daß jeder sein Bestes leisten konnte und jeder ein gesichertes Dasein hatte. Durch die mittelalterliche Zunft — oder Räteverfassung — war das Rätsel der sozialen Frage restlos gelöst, oder richtiger gesagt: es gab gar keine soziale Frage. Aber diese Verfassung hatte einen Fehler: sie wandte ihre ganze Sorgfalt der Entwicklung von Handel und Gewerbe zu, und vernachlässigte den Wehrstand. Und da die Städte die Hauptmacht des Staates darstellten, so konnte sich die an sich schwache Reichsgewalt der feindlichen Nachbarn nicht erwehren. Deutschland wurde durch Jahrhunderte hindurch zum Schlachtfeld Europas. Die Zünfte zerfielen, und mit ihnen erlosch der Glanz des deutschen Wirtschaftslebens; die Beamtenwirtschaft des auf den Dreißigjährigen Krieg folgenden Zeitalters konnte ihn nicht wieder herstellen.

Wie auf politischem, brachte der Liberalismus auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Umkehrung der demokratisch-deutschen Lebensauffassung. An die Stelle des Gemeinsinns, des Zusammenwirkens aller beruflich verwandten Volksgenossen zur Förderung des gemeinsamen Wohlstandes, trat die ganz auf sich selbst gestellte Einzelperson, die keine Pflichten gegen die Allgemeinheit zu erfüllen hatte, die Willkür des wirtschaftlich Stärkeren, der uneingeschränkte Wettbewerb, der Kampf aller gegen alle.

Der Liberalismus bildete den eigentlichen Nährboden für das Erstarken des privatwirtschaftlichen Kapitalismus. An die Stelle des Eigenbetriebes, wo zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer noch ein gewisses Vertrauensverhältnis bestand, trat mehr und mehr die unpersönliche, ausschließlich mit Leihgeld arbeitende große Aktiengesellschaft, wo die Ware nur noch als Rechenposten, der Mensch als Arbeitstier gewertet wurde. Mit den Aktiengesellschaften kamen die Großbanken, die vermöge ihrer Beherrschung des Leihkapitals sich zu Herren der Gütererzeugung machten, durch die Erhebung von Steuern in der Form von Zins und Zinseszinsen die Waren verteuerten und den werktätigen Menschen immer mehr zum Lohnsklaven des Leihkapitals herabdrückten. Zwischen Gütererzeuger und Verbraucher schob sich der Handel, dessen Gewinne gleichfalls wie eine die Ware verteuernde Steuer wirkten.

Am ausgeprägtesten tritt die privatkapitalistische Wirtschaftsform in Amerika, in der Form von Trusts, in die Erscheinung. Äußerlich ist der Trust eine Innung größten Stils, aber während diese dem natürlichen Zusammenschluß der im gleichen Beruf tätigen Volksgenossen ihr Dasein verdankt, entsteht ein Trust durch Kampf, durch die rücksichtsloseste Anwendung des Grundsatzes des durch keinen staatlichen Zwang gehemmten Wettbewerbes. Auch der Zweck ist ein verschiedener: Die Innung will die Mehrung des Wohlstandes aller, der Trust die Bereicherung weniger auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Im schroffsten Gegensatz zur liberalen Wirtschaftsform, deren Endglied die Truste bilden, steht die **kommunistische**. Ihr Grundgedanke ist zwar derselbe wie der der Innungen, aber in der Ausführung gehen beide weit auseinander. Die Zunftwirtschaft stellt die **Verschiedenheit** der Menschen, ihre Tugenden und Laster, vor allem die Selbstsucht als eine nicht zu ändernde Tatsache in Rechnung, und sie bewertet und entlohnt einen jeden nach seiner Leistung. Der Kommunismus setzt sich mit kühnem Sprung über die von der Natur geschaffene Verschiedenheit hinweg und behauptet, daß alle Menschen gleich seien, daß also auch jedem das gleiche zustehe, dem Klugen wie dem Einfältigen, dem Eigennützigen wie dem Selbstlosen. Die praktische Folge ist, daß der Träge das Tempo angibt, und daß die Gesamtleistung mehr und mehr sinkt, sowie daß sich schließlich, wenn der Hunger an die Tür klopft, die Gewissenlosen die Herrschaft aneignen über die Idealisten und Uneigennützigen. (Vergl. Rußland!) So wird der Kommunismus immer ein Trugbild bleiben; er ist undurchführbar, weil seine Voraussetzungen der Wirklichkeit und den Gesetzen der Natur widersprechen. (Ausführlich dargestellt auf Seite 57 und 58.)

Ein besonderer Abschnitt des ersten grundlegenden Teiles des Buches ist der **Judenfrage** gewidmet. Nirgends tritt die Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Feigheit der oberen Schichten des Bürgertums, und besonders der sogenannten Gelehrtenwelt, so kraß zutage, wie auf diesem für die künftige Entwicklung unseres Volkslebens **wichtigsten** Gebiet.

Seit Urzeiten wandert der ewige Jude in allen möglichen Verkleidungen durch die Welt. In Amerika gibt er sich als leidenschaftlicher Amerikaner, in Frankreich als deutschenhassender Franzose, in Deutschland als treuer, vaterlandsliebender deutscher Staatsbürger. Alles Lüge!, denn er bleibt immer der alles Nichtjüdische hassende Jude. Er ist durchaus nicht international, sondern national im weitesten Sinn des Wortes, nationaler als irgend ein Volk der Welt, — aber er denkt dabei immer nur an **seine** Nation. Sein Ziel ist die Errichtung einer alljüdischen Weltherrschaft auf großkapitalistischer Grundlage; seine Waffen sind das Leihgeschäft und der Handel, auf welchem Gebiet er infolge Jahrtausende langer Gewöhnung und völliger Gewissenlosigkeit allen Völkern überlegen ist; die morgenländische Kunst der

---

„Als Poesie gut"

Randbemerkung Friedr. Wilhelms III. zu einer Denkschrift Gneisenaus 1807.

Eingeschriebener Brief eines Frontoffiziers an Hindenburg.

30. 10. 18.

Euer Exzellenz,

Hochzuverehrender Herr Generalfeldmarschall!

Die Unlust am Kriege, die Sehnsucht nach bedingungslosem Frieden als dem sicheren Heilmittel für alle Nöte, eine kosmopolitische Schwärmerei, verrückte Ansichten über die Notwendigkeit der Freiheit des Individuums, krasse Genußsucht, alles in allem eine vollkommene Würdelosigkeit, haben in der Heimat in einem Maße um sich gegriffen, von dem man sich oben immer noch keine erschöpfende Vorstellung macht. Zu dieser Entwertung der moralischen Kräfte teilt eine erstaunliche Urteilslosigkeit, eine Unfähigkeit, weiter hinauszusehen als über das Morgen und Übermorgen, wie ein schlechter Schütze drückt man das Auge zu, bevor der Schuß losgeht, und hofft bestimmt, wenn auch zu Unrecht, daß der Schuß im Schwarzen sitzen wird.

In diesen nach geschichtlichem Erleben noch nie dagewesenen Nöten helfen nur ganz außergewöhnliche Entschlüsse; auch außergewöhnliche Entschlüsse aber dürfen nicht in der Luft hängen und sollten, wenn möglich, nach dem Gesetz des goldenen Mittelwegs gebildet sein.

Einige Patrioten sehen in folgenden, geheim gehaltenen Gedanken einen Ausweg: Seine Majestät sollten für sich und sein ganzes Haus abdanken, sein ganzes Haus- und Familienvermögen zu sofortiger Verwertung dem Vaterland zur Verfügung stellen, gleichzeitig aber nachdrücklich, doch ohne feierlichen Schwulst betonen, worum es sich jetzt handelt: die jetzige Generation, soweit sie nicht noch in Kinderschuhen steckt, Mann und Weib, Hoch und Nieder, ist **nur** dazu da, zu entbehren und zu sterben; Brand und Zusammenbruch vor unseren Toren darf uns nicht schrecken, durch unsere Tore dürfen Brand und Zusammenbruch nicht kommen. Brand und Zusammenbruch bedeutet aber Frieden mit Auslieferung unserer Bergwerke, die Wärme, Arbeit, Verkehr, industriellen Wiederaufbau und Austauschhandel ermöglichen, bedeutet Frieden mit Okkupation, Willkür aller Art und finanzieller Erpressung. Demgegenüber wären unsere nur auf Wahrung deutschen Bodens gerichteten Kriegsziele kurz und klar zu umschreiben. Elsaß-Lothringen muß, entgegen einer suggestiven Propaganda, die dieses wesentlich deutsche Land in Frankreichs Arme treiben will, als selbständiger Staat im Verbande des Deutschen Reiches bleiben. Die deutschen Länder der alten Habsburger Monarchie müssen den gleichen Anschluß finden wie Elsaß-Lothringen.

Seine Majestät müßten erklären, daß er sich hiemit aller nach persönlichem oder familiärem Eigennutz zu deutender Vorteile begeben, daß er sich aber in Erkenntnis der geschilderten Lage für verpflichtet fühle, die jetzt noch in seinen Händen ruhende Macht bis zum Augenblick des fernen Friedensschlusses uneingeschränkt zu gebrauchen. Sein Berater und Kanzler sei Hindenburg, Vizekanzler Fürst Bülow. Nur auf unsere Kriegsziele gerichtete Diktatur, wenn nötig, mit härtester Hand. Nach dem Friedensschluß, so müßten Seine Majestät erklären, solle das gesamte Volk, Mann und Weib, mit persönlicher Stimmabgabe erklären, was weiter sein soll. Von diesem Augenblick des fertigen Friedensschlusses ab wird Seine Majestät sich selbst nur als einfachen, wahlberechtigten deutschen Bürger betrachten.

Kein Appell an Gott, sondern nur an die eigene Kraft! Worte, die jeder Deutsche, der lesen gelernt hat, verstehen muß!

X. X.

Münchener Theater und Konzerte

Das letzte Abonnementkonzert des Konzertvereinsorchesters (von Sigmund v. Hausegger geleitet) hatte seltsamerweise ausschließlich Franz Liszt auf dem Programm stehen. (Es ist doch kein Jubiläum oder ähnliches in bedrohlicher Nähe?) So bedeutsame künstlerische Taten die Werke dieses wahrhaft ersten Neuromantikers seinerzeit gewesen sein mochten: in unseren Tagen, den Tagen der lachenden Erben, ist es fast Überwindung, an die Arbeit der Vorfahren zu denken. Besonders derer, die uns ein Danaergeschenk hinterlassen haben wie Liszt. Man sieht an den genialen Ahnungen dieses Mannes, wessen Geist in unseren Tagen seine letzten Triumphe feiert: der Geist des Virtuosen! Das Klavierkonzert in A-Dur spielte Joseph Pembaur in begeistertem Zusammenwirken mit dem Orchester packend und großzügig. Den Schlußchor und das Tenorsolo der problematischen Faustsinfonie (mit ihrer staunenswerten Instrumentation) stellten die verstärkte Bürgersängerzunft und Herr Erb in hingebungsvoller Zusammenarbeit.

H. B.

•

Am fünften Kunstabend, den die Ortsgruppe München im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband veranstaltete, sang Maria The Losen Lieder von Mendelssohn, Schumann, Schubert und Brahms. Die einzig im lyrischen Piano der Mittellage gut sitzende Stimme der Sängerin bedürfte noch in manchem Belang solider Schulung. Am besten gelangen ihr denn auch die Gesänge, deren altilisches Timbre sie ökonomisch zu sein zwang (Nußbaum, Mondnacht). Frau Marschner begleitete oft mit schönem Ausdruck am Flügel.

H. B.

•

Tänze.

Das Programm des Tanzabends von Ursula Falke zerfiel in zwei Teile, wovon sich der erste aus Tänzen, die man expressionistisch nennen möchte, der zweite aus solchen, die dem geläufigen Geschmack angepaßt waren, zusammensetzte, so daß im ersten die Idee und im zweiten die Künstlerinnen im Vordergrund des Interesses standen. Typisch ist Gertrud Falke, Deutsch-Mädchenhaft, mit natürlichem Humor und fraulicher Schönheit in Wesen und Bewegung. Ursula Falke ist eine Individualität; es ist schwer zu sagen, ob sie zuviel Zartheit des Mädchens oder zuviel knabenhafte Keckheit besitzt oder eine ruhelose Seele, die zwischen diesen Extremen schwebt.

Es gibt Tänzerinnen mit und ohne Akzent. Die Töchter des Dichters haben ihn auf Jugend, Mary Wigmann hat ihn auf Kultur. Außerdem macht sie in ihren Tänzen so verhältnismäßig wenig Zugeständnisse an den Zeitgeschmack, daß man fast nie an das Weib in der Künstlerin erinnert wird und das ist allemal rühmlich, besonders bei einer Tänzerin. Dennoch wird ihr nie ihr prächtig durchgearbeiteter Körper vergessen werden, ein Instrument, mit dem sie uns mit mütterlicher Vorsicht zur „absoluten Tanzkunst" führte. Zu dem Flügel, der sie anfangs allein begleitete, nahm sie den Gong, der den Rhythmus aufnahm und ihn schließlich allein, ohne alle Musik, weitertrug — bis auch er schwieg und der „Zuschauer", nur mit Auge und Blut den stummen, absoluten Tanz miterlebte. —

•

[illegible] und der Bekehrung; sein Geschäft, überall zersetzend zu wirken, namentlich auf den Gebieten, auf denen sein jeweiliges Wirtsvolk ihm überlegen ist.

In Deutschland bestand die Stärke des Staates in dem Geist strengster Pflichterfüllung, des Gehorsams und der Unterordnung des einzelnen unter seinen Führer, der dazu erzogen war, das Beste des Ganzen, den gemeinsamen höheren Zweck im Auge zu haben, seine eigene Person aber in den Hintergrund zu stellen und gleichfalls der Sache unterzuordnen — das Erbe unserer demokratischen Urväter. Dieser Geist waltete im Heer und auch in dem zwar weltfremden, aber sittlich hochstehenden Beamtentum. Die Stärke des Staates ruhte auch im Idealismus und in dem tiefinnerlichen Erfassen alles Geistigen, — Eigenschaften, die den Deutschen immer wieder befähigten, sich für das Vaterland einzusetzen, wenn nötig, zu opfern, Handel zu treiben und doch redlich zu bleiben; das Leben zu genießen, ohne dem Materialismus zu verfallen.

Gegen diese Eigenschaften, die das deutsche Volk jedem anderen Volk überlegen machten, wendete sich die zersetzende Tätigkeit des Judentums. Den Anfang machte Marx, der dem Arbeiter vorredete, er brauche kein Vaterland, sein Heil liege im Internationalismus, in der „Solidarität der Proletarier aller Länder"; er brauche keinen Idealismus und keine Sittlichkeit, denn schrankenloses Genießen sei der einzige Zweck des Daseins. Er warf dem Arbeiter den Gedanken des Kommunismus hin, der das Paradies auf Erden bedeute (siehe Rußland!), nach der „Enteignung der Enteigner" werde es keine Armut mehr geben. Er trieb einen Keil in die Volksgemeinschaft, indem er den Arbeiter gegen den Bürger und Bauer und diese gegen den Arbeiter hetzte. Das „kapitalistische" Bürgertum wurde als der Hauptfeind dargestellt, den es durch gewaltsamen Umsturz zu beseitigen gelte, wobei aber Marx wohlweislich verschwieg, daß es zwei Arten von Kapitalismus gibt: den einen natürlichen, der auf der Arbeitskraft und der Spartätigkeit des Volkes — des Arbeiters wie des Bürgers — beruht, und der unbedingt notwendig ist, um die Gütererzeugung in Gang zu erhalten, und alle Volksgenossen mit Nahrung, Kleidung und Unterkunft versehen zu können, und den anderen, den gewerbsmäßigen Leihkapitalismus, der, ohne selbst zu arbeiten, ausschließlich von der Arbeit der anderen lebt. Hierin liegt der springende Punkt des Marxismus und die bewußte Irreführung derer, die sich zu seinen Lehren bekannt haben. Marx wußte sehr wohl, daß der gewerbsmäßige Leihkapitalismus von jeher die Hauptquelle des jüdischen Reichtums gewesen ist, daß das Leihkapital vermöge des Zinseszinses auf Kosten des arbeitenden Volkes immer mehr wachsen und sich in der Hand einer immer kleiner werdenden Gruppe von jüdischen Banken zusammenballen muß, und daß schließlich die zu Sklaven gewordenen Volksmassen sich gegen ihre jüdischen Aussauger und Bedrücker wenden würden. Diese Gefahr mußte rechtzeitig abgewendet und die Entwicklung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in eine für das Judentum ungefährliche Bahn gelenkt werden. Das Judentum mußte auch darnach trachten, die gesamte militärische und politische Macht in die Hand zu bekommen, für den Fall, daß die Volksmassen die Täuschung erkennen und die Einlösung der Marxschen Versprechungen, nämlich die Verteilung des Reichtums und die „Diktatur des Proletariats" fordern würden. Mit dem Augenblick, da die militärische und politische Macht tatsächlich in jüdische Hände gelangt ist, ist es natürlich mit der Diktatur des Proletariats zu Ende und von einer Verteilung des jüdischen Reichtums ist keine Rede mehr (vergl. Rußland!). Sozialdemokratie Diktatur des Proletariats, Kommunismus, Bolschewismus sind alles nur Köder, um die Massen einzufangen, Mittel zu dem Zweck, dem Judentum zur Herrschaft zu verhelfen. Die Arbeiterschaft, für die der seit Urzeiten als arbeitsscheu bekannte Jude niemals das geringste übrig hatte, wird nur als Werkzeug betrachtet. „Fördern wir", sagt das jüdische Volksblatt vom Juli 1900, „die Sozialdemokratie wie es nur angeht, aber seien wir hierbei vorsichtig, damit die breiten Massen es nicht merken, daß die Sozialdemokratie nur eine Judenschutztruppe ist."

Daher auch die Hetze gegen den Geist der Unterordnung und der Pflichterfüllung, für den die Juden den irreführenden Namen „Militarismus" erfunden haben, vor allem auch die Hetze gegen die deutsche Staatsform, unter der die Juden trotz der Nachgiebigkeit der nachbismarckischen Regierungen nicht recht hochkommen konnten, daher endlich auch die Empfehlung des Parlamentarismus nach westmächtlichem Muster als die für Deutschland angeblich allein geeignete Verfassung. An dieser Zersetzungsarbeit beteiligten sich nicht nur die in Deutschland lebenden Juden. Wie bei uns, so hatte sich das Judentum auch in den anderen Ländern den maßgebenden Einfluß in der Presse und in der Freimaurerei verschafft. Mit Hilfe dieser beiden Machtmittel hetzte das Alljudentum seit Jahrzehnten in der ganzen Welt planmäßig gegen das Deutschtum.

Verschieden waren nur die Methoden. Jenseits unserer Grenzen wurde offen zum Kriege gegen Deutschland aufgefordert. Die Rachsucht Frankreichs, der Handelsneid Englands und der Ausdehnungsdrang Rußlands galten als willkommene Hilfsmittel und wurden mit allen Mitteln der morgenländischen Kunst der Übertreibung von Jahr zu Jahr gesteigert und bis in die untersten Volksschichten verbreitet. (Solidarität des Proletariats aller Länder!) Erinnert sei auch an die verhängnisvolle Einkreisungspolitik des Halbjuden Eduard des Siebenten von England. In Deutschland dagegen wurde von ewiger Völkerverbrüderung gefaselt und der „preußische Militarismus" als eine Gefährdung des Weltfriedens hingestellt. Als der langersehnte und langvorbereitete Raub — und Vernichtungskrieg gegen Deutschland endlich ausgebrochen war, führte das Alljudentum im Ausland unter Aufwendung ungeheurer Geldmittel einen maßlosen Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen uns, während es im Inland emsig an der Zermürbung des Heeres und der Zerrüttung unserer Wirtschaft (Kriegsgesellschaften!) arbeitete.

Der jüdische Imperialismus trägt nicht nur die Hauptschuld an unserer Niederlage, er ist auch der Hauptanstifter des Weltkrieges gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft

veranstaltete am 4. April im Wagnersaal, München, den ersten Abend seines öffentlichen Redeabends. Nach Eröffnung der Versammlung durch Rechtsanwalt Dr. Buckeley nahm Dipl.-Ing. Feder das Wort. Er legte in Kürze dar, worauf es bei den Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft ankomme, und betonte vor allem, daß das Hauptgewicht auf die Ablösung des staatlichen Zinsendienstes gelegt werden müsse. Eine gesetzliche Unterdrückung der Zinszahlung aus privatem Geldverkehr sei unmöglich und werde nicht gefordert, weil hier andere Gesichtspunkte in Frage kämen. Zins als solcher komme allerdings immer aus der Arbeit anderer und sei daher vom sittlichen Standpunkt aus zu verurteilen. Feders Ausführungen, die er mit vielen Beispielen erläuterte, gipfelten in der Feststellung, daß die Abschaffung des staatlichen Zinsendienstes und die Befreiung der Arbeit aus der Macht des Leihkapitals die Lösung der sozialen Frage bedeuten würden. Der Staat könne nur geben, was er zuvor durch Steuern genommen habe. Die Hauptforderung sei daher Aufhebung der Anleihewirtschaft, Verstaatlichung der Reichsbank und Rückgewinnung der Finanzhoheit des Staates, dies besonders durchzuführen bei der Schaffung von Unternehmen zum Ausbau von Naturkräften oder zur Ausbeutung von Naturschätzen. Bei der Finanzierung der bayerischen Wasserkraftwerke sei die Gelegenheit, dem gesamten Volke Millionenlasten jährlich zu ersparen, bedauerlicherweise versäumt worden. Dr. Nöll widersprach den Forderungen Feders dahin, daß der Zinsendienst des Staates doch auch für die kleinen Rentner und für die Altersversorgung sehr wesentlich sei. Die Beteiligung von Leihgeld an Werte schaffenden Unternehmungen sei sogar von außerordentlicher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Bei Durchführung der Federschen Forderung würde sich eine ungeheuerliche und äußerst verderbliche Inflation ergeben. Herr Körner von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betonte den Zusammenhang zwischen Zins und Kriegsursache, und bezeichnete die überstaatliche Finanzgewalt als den eigentlichen Schädling, den alle Schaffenden in geschlossener Front bekämpfen sollten. Dr. Schulte unterstrich die volkswirtschaftliche Wichtigkeit eines vernünftigen Zinssystems, bestätigte aber aus eigener Anschauung, daß die Finanzierung des Krieges durch Anleihen äußerst schädlich gewesen sei. Feder erwiderte auf die Bedenken durch Hinweis auf die bei Ausgabe der Anleihen ja bereits vollzogene Inflation, die sich in der heute bestehenden Teuerung ausdrücke. Zinslosserklärung der staatlichen Anleihen werde also keine Neuinflation hervorrufen. Die Rücksicht aber auf Kleinrentner und Alternde, für die jetzt die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch genommen wird, sei es gerade, die die Aufhebung des Zinsendienstes fordern müsse; denn diese Bedauernswerten seien durch die Steuer- und Zinsenzwickmühle um $^{9}/_{10}$ ihres Vermögens betrogen. — Der Redestreit wird am 11. April fortgesetzt. Zur Aussprache haben sich bereits mehrere Volkswirtschaftler und Landtagsabgeordnete gemeldet.

•

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Für Oberschlesien!

Volksgenossen!

Die Abstimmung hat rund 716000 deutsche und 471000 polnische Stimmen, also eine Mehrheit von rund 250000 Stimmen für Deutschland ergeben. Trotzdem behaupten die Polacken in der ihnen eigenen Anmaßung, Anrecht auf Oberschlesien zu haben. Sie verlangen, daß die oberschlesischen Gebiete mit starkem polnischen Einschlag an Polen fallen. Aber sie sagen nichts davon, daß in den Gebieten, die von Deutschland laut Friedensvertrag an Polen abgetreten werden mußten, eine Million Deutsche leben.

Der Kampf unserer oberschlesischen Brüder kann nur dann erfolgreich sein, wenn das übrige Deutschland nach außen beurkundet, daß es sich Gewaltmaßnahmen in Oberschlesien unter keinen Umständen bieten läßt.

Die heute Freitag, den 8. April, im Hofbräuhaussaale stattfindende große öffentliche Massenversammlung der D. A. P. soll eine machtvolle Kundgebung für Oberschlesien werden. A. Hitler wird sprechen über: „Deutschland erwache!" Alle Volksgenossen sind herzlichst eingeladen.

Außerdem geben wir bekannt:

Delegierte sämtlicher bürgerlicher und sozialistischer Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände Münchens haben in einer Besprechung der Lage in Oberschlesien beschlossen, Sonntag, den 10. April, vormittags 10 Uhr, im Mathäser-Festsaal eine Massenkundgebung gegen die von den Polen beabsichtigte Teilung Oberschlesiens zu veranstalten.

Wir fordern unsere Leser auf, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen.

•

Versammlungen auswärts: Samstag, den 9. April: Garmisch. — Sonntag, den 10. April: Tutzing. In sämtlichen Versammlungen spricht Pg. Schriftleiter Esser über: Der nationale Sozialismus — Deutschlands Zukunft.

Ortsgruppe Rosenheim. Die Nat.-Soz. treffen sich gesellig am Sonntag, den 10. April, abends im Gasthaus Grabichler. Gäste willkommen.

Amberg. Die Sprechabende der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Amberg, finden jeweils jeden Montag, abends halb 8 Uhr, im Gasthaus Lehmeier, Ziegelgasse, statt. Gäste sind herzlich willkommen.

•

Achtung! Volksabstimmung!

Tiroler! Salzburger!

Am 24. April wird in Eurer Heimat ein Volksbegehren über den Anschluß an Deutschland entscheiden.

An diesem Tage wollen viele von Euch bei ihren Volksgenossen sein, mit ihnen für die große, deutsche Sache zu wirken. Denen, die gewillt sind, zu dieser Abstimmung das Salzburger oder Tiroler Land aufzusuchen, soll bei genügender Beteiligung freie Reise ab München gewährt werden.

In Betracht kommen nur Personen, welche den Heimatschein für Nord- und Osttirol oder Salzburg besitzen.

Wir bitten unsere Tiroler und Salzburger Landsleute, uns zu diesem Zwecke ihre Anschriften umgehend bekanntzugeben, und zwar an den Volksbund der Deutschen aus den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, München, Nymphenburger Straße 166.

Landsleute, folgt unserem Rufe, es geht um die Heimat!

Andreas-Hofer-Bund, Ortsgruppe München.
Tiroler-Klub.
Volksbund der Deutschen aus den Nachfolgestaaten.
Tiroler Volksbund, Ortsgruppe München.

Die Leitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gibt hierzu folgendes bekannt:

Das am 24. April in Salzburg in Tirol stattfindende Volksbegehren ist nicht zuletzt auf das ununterbrochene Drängen und Fordern unserer Bruderpartei in den genannten Ländern zurückzuführen. Unermüdlich haben wir in unseren sämtlichen Versammlungen hüben wie drüben auf die Notwendigkeit eines baldigen Anschlusses, auch ohne Einwilligung der Ententefinanzbanditen, hingewiesen.

Wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß jeder unserer Parteigenossen, der in Salzburg und Tirol beheimatet ist, seine Pflicht erfüllt. Dem Volksbund der Deutschen aus den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns ist zur Durchführung seiner schwierigen Aufgabe unbedingt größtmöglichste Unterstützung zu gewähren.

•

Schutz- und Trutzbund.

Am 1. April veranstaltete der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe Breslau für seine Mitglieder und Freunde eine Bismarckfeier. Herr Prof. Scholz übernahm die Festrede. Ein Festkonzert, Vorträge und gemeinsame Gesänge füllten den wohlgelungenen Abend.

Münchner Nachrichten

Wohnungselend

Hsg. Wie „großzügig" der Stadtrat München in der Bekämpfung der Wohnungsnot ist, dafür wieder folgendes beleuchtende Beispiel:

Den Baugenossenschaften des Westends wurde die Gewährung von Bauzuschüssen durch den Stadtrat verweigert mit der Begründung, daß im Westend ein geringerer Bedarf an Wohnungen bestehe als im Osten und anderen Stadtteilen. Der angebotene Beweis für das Wohnungselend im Westend wurde abgelehnt — — — „es sei keine Seltenheit, daß 7—9 Personen in 1—2 Räumen wohnten. Von 66 Münchener Baugenossenschaften erhielten heuer nur 10 Zuschüsse; nur durch eine Anleihe könne die Wohnungsnot gründlich beseitigt werden." — Und wer bezahlt die Zinsen für diese Anleihe? Und wer setzt sich in die neu entstehenden Wohnungen? Und wer bürgt dafür, daß das nicht der ständig wachsende Zuzug ungebetener Gäste ist? Niemand bürgt dafür, solange das Roß beim Schwanz aufgezäumt wird, solange in der Stadtgemeinde München nicht der Anfang gemacht wird, wenigstens zunächst die hiesigen Ostjuden an die Luft zu setzen und die Praxis des Wohnungsamtes und Wohnungsnachweises abzuschaffen, die bis heute noch nichts geleistet hat, als Härten und Ungerechtigkeiten gegen die einheimischen Volksgenossen. Freilich, solange es so gemacht wird wie z. B. in der Galeriestr. 27/I., wo man schon jahrelange Inwohner heraussetzen will, weil da irgendjemand aus Wolfratshausen hinein will, kann es ja nicht besser werden. Solange es jüdischen Zeitgenossen möglich ist, erschwindelte Zuzugs- und Wohnerlaubnis zu ergaunern, die nebenbei deutschen Volksgenossen auch noch den Arbeitsplatz wegstehlen und damit Brot und Unterkunft zugleich, solange kann das Vertrauen in das soziale Gewissen unserer diesbezüglichen Behörden nicht aufkommen. Ist auch lächerlich, das zu erwarten, weil doch das Wirken und Werken dieser ganzen Gesellschaft in das heutige jüdisch-verseuchte System unlösbar eingeschmolzen ist. Eine Änderung kann nur dadurch kommen, daß sich die Bevölkerung einfach diese Art, mit ihr umzuspringen, nicht mehr gefallen läßt. Bei dem allgemeinen Unwillen möchte man glauben, daß die Allgemeinheit sich auch schon längst bei den Behörden durchgesetzt hätte. Aber die gesamte Presse sorgt bei den ersten Anzeichen von ernstlichem Zusammenhalten der schwer betroffenen Kreise ausgiebig dafür, daß die Masse immer wieder bei der Stange gehalten wird, indem plötzlich in allen möglichen Vorschlägen und Hoffnungen auf Abhilfe in der Wohnungsnot gemacht wird, auf die das dumme Volk richtig immer hereinfällt. Es wird auch seelenruhig, wenn auch mit drückender Sorge, die Zinsen für eine Anleihe zu diesem Zweck in Gestalt erhöhter Abgaben zahlen. Es wird ja doch — gebaut! Freilich muß gebaut werden! Aber wielange mag das dauern, bis die wirklich Notleidenden den Erfolg davon in Gestalt von noch halbwegs erschwinglichen Mietpreisen verspüren werden? Das Wort „Bautätigkeit" ist eine der vielen Zauberformeln, mit denen sich Regierung, Parteien und Stadträte um die Kernfrage auch in diesem Wirtschaftszweig herumzudrücken versuchen, und diese Frage ist die Judenfrage! Ohne deren Lösung wirft das Volk sein sauer erworbenes gutes Geld dem schlechten nach. Wir haben schon des öfteren den Weg gekennzeichnet, der eine rasche Abhilfe verbürgt, aber ohne einmütiges Zusammengreifen, ohne Beiseitelassen verbohrter Parteistandpunkte kann nichts geschaffen werden. Und die Regierungen? Wenn die möchten — oder können sie nicht? — dann wäre schon längst geholfen. Das ist der kritische Punkt, und darüber nächstens mehr. Auch darüber, wie man eine Regierung auf gesetzmäßigem Weg, ohne Schießpulver — denn ich höre schon die Gebeine des Zentralvereins vor Angst schlottern — „bewegen" könnte, das Richtige zu tun, wenn alle deutschen Volksgenossen ihr Recht zu gebrauchen verständen.

•

Königl. bayer. republ. Hofnachrichten

Daß das Hebräertum, um seine Geschäfte ungestört besorgen zu können, auch zur Abwechslung mal wieder „Heil dem Kenig" ruft, wissen wir. Daß weiteste Kreise in Bayern sich in Sehnsucht verzehren nach dem sogenannten — Herrschergeschlecht der Wittelsbacher, ist auch bekannt. Daß man aber an maßgebender Stelle sich entschlossen hat, die unbedeutenden Nachkommen bedeutender Vorfahren in ihre natürlich in vollkommen einwandfreier Weise ererbten Herrscherrechte sehr bald wieder einzusetzen — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der zur Zeit in Bayern blühende unchristliche Antisemitismus verschwindet — ersehen wir an den neuesten Hofberichten der „Münchner Neuesten Nachrichten". Die „M.N.N." bringt wieder spaltenlange Hofberichte! Volksgenossen, holt, so ihr könnt, eure unverbrüchliche Königstreue aus der Kommode und ruft mit dem aufrechten Organ am Färbergraben: „Es lebe der, wenn auch schwierige Boden der Tatsachen."

Judenhetze ist es,

wenn man seinen Mitmenschen die unleugbare Tatsache vor Augen hält, daß der **Mädchenhandel** der ganzen Welt ein **jüdisches Monopol** ist.

Wer sein

BESITZTUM

sei es auf dem Lande oder in der Stadt, ganz gleich welcher Art und Größe, rasch, vorteilhaft und verschwiegen verkaufen will, wende sich in seinem eigensten Interesse an die altbekannte

Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft

FISCHLER & CO

München, Prielmayerstr. 10, Tel. 61610

Mäßige Bedingungen. Durchgreifende Behandlung eines jeden Verkaufsauftrages. Höchste Preiserfolge! Geschulter Beamtenstab! Besichtig. sofort kostenlos allerorts i. ganz Deutschland. Prospekt m. Angabe v. Referenz. sofort gratis!